

Der Traum vom polnischen Atom [DE]

03.08.2016

Empfohlen von Redakcja Pol-Int

Friedemann Kohler, Wiesbaden

Dieser Artikel erschien zuerst im Jahrbuch Polen "Umwelt" (2015) des Deutschen Polen-Instituts.

Hat die Geschichte in Polen einen Fehler gemacht? Oder hat ein gütiges Schicksal Polen bewahrt? Das wichtigste Land in Mitteleuropa, die größte Volkswirtschaft der Region nutzt bislang keine Atomkraft.



Foto: MarcelG (Creative Commons)

»Als Land ohne Kernkraft ist Polen eine Insel«, klagt der Krakauer Physiker Jerzy Niewodniczański, bis 2009 Leiter der polnischen Atomaufsicht PAA (Państwowa Agencja Atomistyki). In allen Nachbarstaaten liefern oder lieferten Kernkraftwerke Strom, einige bauen weitere Reaktoren, Weißrussland steigt neu in die Kernenergie ein. Polen ist die Ausnahme. Die bürgerlich-liberale Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk sah darin einen historischen Irrtum und machte sich daran, ihn zu korrigieren. Einmal ist die Einführung der Kernkraft in Polen gescheitert, das soll nicht noch einmal passieren. Bevor Tusk als EU-Ratspräsident nach Brüssel wechselte, hat er sein Land auf einen langen und teuren zweiten Anlauf geschickt. 2024 – so das ehrgeizige Ziel – soll der erste polnische Reaktor die energiehungrige Industrienation mit Strom versorgen. Bis 2030 sollen 6000 Megawatt Leistung am Netz sein – mehr als das Vierfache von Deutschlands jüngstem Kernreaktor Neckarwestheim.

Renaissance der Kernenergie?

Der Weg zur Kernenergie sei »das größte Projekt in der Geschichte des polnischen Energiesektors und der Nachkriegswirtschaft überhaupt«, heißt es im offiziellen Atomprogramm vom Januar 2014. Eine »Quelle des Fortschritts und der Innovation « solle die Kerntechnik werden. Das ist eine dramatische Weichenstellung, vor der die kleine polnische Anti-Atom-Bewegung nachdrücklich warnt. Sie sieht Polen als atomkraftfreies Paradies, aus dem die Regierung ihr Volk ohne Not vertreibt. Die Vorstellung ist verlockend: Polen als Land, dem die Sicherheitsrisiken der Kernkraft erspart bleiben. Ein Land, das keine »Ewigkeitskosten« für den Abriss der Atommeiler und die Endlagerung von Strahlenmüll tragen muss. Ein Land, das ohne Umweg den Sprung vom dreckigen Kohlestrom zum sauberen Naturstrom schafft. Kurz: Polens Atomkraftgegner träumen den gleichen Traum wie Deutschland. In Sachen Atom haben die Nachbarländer gegensätzliche Richtungen eingeschlagen. Es herrscht verkehrte Welt. Die ach so romantischen Polen schicken sich in die Notwendigkeit und planen pragmatisch ihr erstes Kernkraftwerk. Und die angeblich so nüchternen Deutschen schalten mit hohem Idealismus ihre Reaktoren ab und hoffen auf die Energiewende: Eine hochmoderne Industriegesellschaft soll ohne Kernkraft funktionieren. Polen sieht sich im Einklang mit einer Renaissance der Kernkraft in Asien und Europa, Deutschland geht einen Sonderweg. Beides ist eine Wette auf die Zukunft mit ungewissem Ausgang. Wie dringend Polen einen neuen Energiemix bei der Stromproduktion braucht, zeigt jede Überlandfahrt durch Oberschlesien. Dicke Rauchschwaden aus Kohlekraftwerken schwärzen den Himmel. Polen hängt an seinem einzigen heimischen Energieträger. Früher lieferte Kohle weit über 90 Prozent des Stroms, 2012 waren es immer noch 85 Prozent. Dabei sind die polnischen Kohlevorräte endlich. Zudem macht die Europäische Union (EU) Vorgaben beim Klimaschutz und beim Ausbau erneuerbarer Energien. Ab 2020 werden polnische Kraftwerke ihre Zertifikate für den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) voll bezahlen müssen. Zugleich wird den offiziellen Berechnungen nach der polnische Energiebedarf steigen. Einstweilen liegt der Verbrauch je Einwohner in Polen deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Doch das Land hofft auf einen weiteren industriellen Aufschwung, es will Strom exportieren. Verbrauchte Polen 2010 noch knapp 120 Terrawattstunden Strom, wird es 2030 gut 160 Terrawattstunden benötigen, also ein Drittel mehr. Die Lücke zwischen abnehmendem Kohlestrom und wachsendem Verbrauch soll der Atomstrom schließen – sicher, sauber und billig, so stellt es die Werbung der Kernkraftlobby dar. Wenn das Jahr 2030 kommt, sollen zwischen 12 und 19 Prozent der Elektrizität aus Kernkraftwerken stammen. Der Anteil an Kohle soll spürbar auf 59, vielleicht sogar 53 Prozent sinken. Ein Fünftel erneuerbarer Energien ist in den Mix eingerechnet, ein kleiner Rest kommt aus Öl und Gas.

Der alte Traum vom polnischen Atom

Den Traum vom polnischen Atom träumen Wissenschaftler wie Professor Niewodniczański seit Jahrzehnten. Sie sind einem großen Namen verpflichtet. Schließlich war es die Polin Maria Skłodowska, verheiratete Marie Curie, die mit ihrem Mann Pierre in Paris ab 1897 die Radioaktivität erforschte, jene geheimnisvolle und gefährliche Strahlung mancher Elemente. Sie entdeckte das Polonium, das sie zu Ehren ihrer Heimat benannte, und das Radium. Die Geschichte der polnischen Atomforschung nach dem Zweiten Weltkrieg begann nicht mit Adam, aber mit EWA. So wurde der Forschungsreaktor »Eksperymentalny, Wodny, Atomowy« abgekürzt, den das Institut für Atomenergie 1958 in Świerk, einem Stadtteil von Otwock nahe Warschau, in Betrieb nahm. »Er lief

ohne Probleme, bis er nach 46 Jahren stillgelegt wurde«, erzählt Professor Niewodniczański. Es folgten weitere Reaktoren mit fröhlichen Frauennamen, so Anna (1963), Maryla (1967), Agata (1973). Maria von 1974 war nicht – man hätte im katholischen Polen trotz Kommunismus auf diese Idee kommen können – nach der Gottesmutter benannt, sondern nach Marie Curie. »Der Reaktor war eine rein polnische Konstruktion, sehr ungewöhnlich.« Maria läuft bis heute. Einen Eisernen Vorhang scheint es für die polnischen Atomwissenschaftler nicht gegeben zu haben. Natürlich arbeiteten sie eng mit sowjetischen Kollegen zusammen. Aus der Sowjetunion kamen die Technik und das Nuklearmaterial. Man forschte im Atomstädtchen Dubna bei Moskau, aber auch am Zentralinstitut für Kernforschung der DDR in Dresden-Rossendorf. Es gab Kontakte zu bundesdeutschen Kollegen, zu französischen oder amerikanischen Forschern – in der nuklearen Familie kannte man einander, berichtet Niewodniczański. »Ich bin auch nie gefragt worden, bei der Geheimpolizei zu unterschreiben.« 1972/73 beschloss die Volksrepublik Polen den Bau ihres ersten Kernkraftwerks. Als Standort wurde Żarnowiec bestimmt – gelegen an einem großen See in den kaschubischen Wäldern nördlich von Danzig.

Die historischen Wurzeln der polnischen Anti-Atom-Bewegung

Die Anti-Atom-Bewegung in Polen geht auf die 1980er Jahre zurück. Wojciech Kłosowski ist einer ihrer Veteranen. Heute berät der studierte Innenarchitekt polnische Städte und Dörfer in ihrer Entwicklung. Nachdem die Gewerkschaft Solidarność 1981 zerschlagen worden war, griff die vielfältige polnische Opposition zunehmend auch ökologische Themen auf. Am 26. April 1986 explodierte der vierte Reaktorblock des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl bei Kiew. Es war der erste Super-GAU auf europäischem Boden, ein Unglück, wie es nicht hätte passieren dürfen. »Ein Mythos wurde zerstört«, sagt Kłosowski. »Dabei hatte man uns immer gesagt, dass die Technik sicher ist.« Auch über Polen zog die radioaktive Wolke aus der Ukraine hinweg. »Da ist etwas, das man nicht sieht, aber man weiß, dass es da ist.« Kłosowski lebte damals in der Nähe von Lublin, wo das Örtchen Chotcza an der Weichsel als möglicher Standort für ein Atomkraftwerk im Gespräch war. Mit anderen Oppositionellen organisierte er Protestkundgebungen und meldete sie mit Bangen beim polnischen Geheimdienst SB in Lublin an. »Das Gespräch war erst hochoffiziell. Aber nach zehn Minuten sagte der Beamte: Ich bin selber Angler. Er wollte auch kein Kernkraftwerk an der Weichsel.« Die Atompläne für Chotcza, Klempicz und andere Standorte wurden nach Tschernobyl aufgegeben. Schon früh erhielten die polnischen Atomkraftgegner Unterstützung aus Deutschland. Kłosowski erinnert sich daran, dass der Slogan »Atomkraft nein danke!« erst einmal missverständlich ins Polnische übersetzt wurde. Erst beim zweiten Versuch hieß es klar: »Energia atomowa? Nie, dziękuję!« Der Bau von Żarnowiec stand unter keinem guten Stern. Den endgültigen Beschluss fällte die Führung von General Wojciech Jaruzelski ausgerechnet im Januar 1982, einen Monat nach Zerschlagung der Opposition. Die polnische Gesellschaft sah Żarnowiec als »Kind des Kriegsrechts«, als sowjetisches Diktat, erinnert sich Stanisław Latek, Chefredakteur der Zeitschrift Postępy Techniki Jądrowej (Fortschritte der Kerntechnik), in Warschau. Ab 1984 wurde gebaut, doch dann kam das Unglück von Tschernobyl. »Nun hieß es: Stoppt Żarnobyl!« Zwar wollte die Sowjetunion keine Siedewasserreaktoren RBMK wie in Tschernobyl nach Polen liefern, sondern Druckwasserreaktoren WWER-440 der zweiten Generation. Sie sind bis heute in Russland und der Ukraine, in Ungarn, Tschechien und der Slowakei im Einsatz. »Aber die Polen haben generell Bedenken gegen russische Technologie«, sagt Latek. Der

Runde Tisch, der 1989 die Machtübergabe von den Kommunisten an die Opposition aushandelte, ließ nach heftigen Diskussionen die Frage von Żarnowiec offen. Doch als Ende jenes Jahres Frachter die zwei bei Škoda in Tschechien in Lizenz gebauten Reaktoren nach Danzig bringen wollten, gab es wütende Proteste. Atomkraftgegner gingen in Hungerstreik, ketteten sich an Bahngleisen an. Der neue Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki erließ erst einen Baustopp, 1990 sagte er das Vorhaben endgültig ab.

Ein neuer Anlauf

Polens erster Anlauf zum eigenen Atom war gescheitert. Nur die Bauruine steht bis heute in Żarnowiec am Seeufer. Hinter einem Stacheldrahtzaun ragen schmutzige Betonwände auf, eine unheimliche Stille lastet auf dem Gelände. Zwei Milliarden US-Dollar hat die Volksrepublik Polen hier versenkt. »Der Stopp von Żarnowiec war der größte Fehler der postkommunistischen Wirtschaftspolitik«, sagt Tomasz Nowacki vom polnischen Wirtschaftsministerium. Das sei fast 25 Jahre danach Konsens in der Elite. Wäre das Kraftwerk ans Netz gegangen, stünde Polen bei der Stromversorgung heute ähnlich gut da wie die Nachbarn Ungarn und Tschechien. Der Jurist Nowacki, Absolvent der deutsch-polnischen Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, ist stellvertretender Leiter der Atomabteilung des Ministeriums. Dort ist in den vergangenen Jahren das neue polnische Atomprogramm geschrieben und immer wieder überarbeitet und angepasst worden. Spricht man mit den Atombefürwortern, schwingt ein altes Leitmotiv polnischer Politik mit: Unabhängigkeit. Dabei geht es ausnahmsweise einmal nicht um Russland. Bei der Kernkraft ist Polen nicht auf den großen Nachbarn angewiesen – anders als beim Erdgas. Doch das russische Vorgehen in der Ukraine verstärkt den polnischen Wunsch nach Autarkie im Energiebereich weiter. Zwar braucht auch das Atomprojekt internationale Partner. Aber das werden – so heißt es im Programm – »politisch stabile Länder« sein. Nowacki nennt die USA, Frankreich, Japan oder Südkorea für die Technik, Australien und Kanada als Uranlieferanten. Vor allem aber will sich Polen in seine Entscheidung nicht dreinreden lassen. »Jedes Land hat seine eigene, individuelle Situation, die in der EU respektiert werden sollte«, sagt Nowacki. Deutsche Bedenken werden zur Kenntnis genommen, entscheidend sind sie nicht. Die polnischen Behörden haben aus dem Nachbarland mehr als 40.000 Eingaben wegen der Atompläne bekommen – ostdeutsche Landesregierungen haben geschrieben, einfache Bürger, kampagnenmäßig meldeten sich Grünen-Mitglieder oder Greenpeace-Anhänger. Die Protestbriefe häuften sich, als Atomstandorte nahe der Grenze zur Diskussion standen. Einige Orte lagen direkt an der Oder, Gąski an der pommerschen Küste oder Warta-Klempicz an der Warthe bei Posen sind nicht viel weiter entfernt. Das polnische Nuklearlager hält seinerseits den deutschen Atomausstieg für naiv. Früher in den 1950er, 1960er Jahren habe man geglaubt, dass Atomkraft alle Probleme löst, sagt Nowacki. »In der gleichen Phase sind wir jetzt beim Glauben an die erneuerbaren Energien.« Auch der altgediente Krakauer Atomforscher Niewodniczański erwartet ein Umdenken: »Ich bin sicher, dass Deutschland sich noch einmal anders entscheiden wird.« Das Atomprogramm ist zudem als Reifepfung für den Reformstaat Polen angelegt – als Bewährungsprobe, noch größer und teurer als die Fußball-Europameisterschaft 2012. Über Jahre hinweg müssen Regierung, Parlament, Planer und Investoren ein störungsfreies Räderwerk bilden. Neue Starkstromtrassen müssen gebaut werden, für Strahlenmüll müssen Zwischen- und Endlager gefunden werden. Als Standort der ersten Reaktoren deutet wieder alles auf Żarnowiec oder das nahe gelegene

Choczewo in Kaschubien hin. Bis 2015 sollen für diese Orte Umweltgutachten vorliegen. »Wir rechnen damit, dass 2017 oder 2018 endgültig über den Standort entschieden werden kann«, sagt Jacek Cichosz, Vorstandsvorsitzender des Hauptinvestors PGE EJ1. Die Nukleartochter des staatlichen Energiekonzerns Polska Grupa Energetyczna (PGE) wird den Atommeiler bauen und betreiben. Andere Staatsfirmen wie der Kupferproduzent KGHM, der Energiekonzern Tauron und der Versorger Enea sollen sich beteiligen. In- und ausländisches Kapital ist willkommen, doch 51 Prozent der Anteile will der Staat behalten. Auf 50 Milliarden Złoty wird die Investition geschätzt, etwa 12,5 Milliarden Euro. »Die Finanzierung wird zeigen, dass Polen ein ernst zu nehmender Akteur auf dem europäischen Markt ist«, erwartet der Atombeamte Nowacki. Aber wird das alles genauso kommen? Wird der große Plan klappen? Bis der erste Atomstrom produziert wird, darf keinerlei Sand in das Räderwerk geraten.

Wie ist die Akzeptanz in der polnischen Bevölkerung?

In der Diskussion der vergangenen Jahre hat sich das Zieldatum für die Inbetriebnahme des ersten Reaktors mehrfach nach hinten verschoben. Die polnische Regierung listet in ihrem Programm Risiken für das Megaprojekt auf: Der politische Schwung könnte verloren gehen oder die Akzeptanz in der Bevölkerung, es könnte an Geld fehlen oder schlicht an Ingenieuren, die Polens neue Kernkraftwerke steuern. Über den politischen Schwung dürfte die Parlamentswahl Ende 2015 entscheiden. Nicht alle polnischen Parteien sind so atom-freundlich wie die regierende Bürgerplattform PO. Die polnische Bevölkerung hat sich über die Jahre immer gespalten gezeigt. Dabei war die Gruppe der Kernkraftbefürworter stets größer als die der Gegner. Doch ein großer Block von Unentschiedenen verhinderte eine klare Mehrheit. Die Atomlobby fühlt sich aber ermutigt, weil selbst das Reaktorunglück 2011 in Fukushima keine großen Ausschläge in der öffentlichen Meinung verursachte. Im August 2014 ging das Wirtschaftsministerium mit Zahlen des Instituts PISM an die Öffentlichkeit: Danach befürworteten von 1000 Befragten 64 Prozent die Einführung der Kernkraft, die Ablehnung sank auf 24 Prozent – bei knapp zwölf Prozent Unentschiedenen. Doch zugleich fanden es 58 Prozent der Polen wichtig, erneuerbare Energien auszubauen. Über die Atomkraft sagten das nur 48 Prozent. Der Fachkräftemangel ist ein Problem. Als Żarnowiec in den 1980er Jahren gebaut wurde, standen die Kader bereit. In der jetzigen Unsicherheit ist es schwierig, junge Studenten für den Beruf des Kernkraftingenieurs zu begeistern. Damals war auch die polnische Industrie mobilisiert für den Sprung ins Atomzeitalter. Heutzutage liefern noch 60 polnische Firmen Zubehör für Nuklearanlagen weltweit – mehr als nichts, aber auch nicht viel. »Wir haben in dieser Technologie 25 Jahre verloren«, gesteht der studierte Kernphysiker Latek ein. Aus Sicherheitsgründen will Polen nichts anderes als modernste Leichtwasserreaktoren der sogenannten Generation 3 plus akzeptieren. All dies wird den zweiten Anlauf zum polnischen Atom sehr teuer machen. Die polnischen Kernkraftgegner werden gegen den Atomkurs keine großen Volksmassen auf die Straße bringen können. Stattdessen setzen sie darauf, dass der Regierung schlicht das Geld ausgeht. Oder dass sich das komplizierte Räderwerk des Atomeinstiegs an einer anderen Stelle festklemmt. So könnte die EU Steine in den Weg legen: Zum angestrebten europäischen Energiemix gehört Kernkraft zwar ausdrücklich dazu, doch Brüssel sieht subventionierten Atomstrom kritisch. »Es ist wirtschaftlich das falsche Modell«, beharrt der erfahrene Atomgegner Kłosowski. »Atomkraft ist nicht die Medizin für die Krankheit, an der das polnische Energiesystem

leidet.« Doch die Gegner kritisieren, dass die Festlegung auf Atomkraft den Einsatz anderer Medikamente gegen die Kohlekrankheit verhindert. Der Weg dauere zu lang. Schon 2016 droht eine Stromlücke, wenn alte Kohlekraftwerke stillgelegt werden, aber neue Kapazitäten fehlen. »Es ist offensichtlich, dass die Regierung die Industrie in eine Sackgasse treibt«, sagt Dariusz Szwed. Der ehemalige Vorsitzende der kleinen grünen Partei Zieloni reist als Revolutionär in Sachen erneuerbarer Energie durchs Land. Der Anteil an Strom aus Wind, Biomasse oder Sonnenenergie wachse bereits, berichtet er. »2020 werden erneuerbare Energien in Polen wettbewerbsfähig sein.« Das hört sich sehr nach deutscher Energiewende an. Wahr werden wird nur einer der beiden Träume – der Traum vom polnischen Atom oder der Traum vom atomkraftfreien Paradies.

Über den Autor

Friedemann Kohler studierte an der Freien Universität Berlin sowie im damaligen Leningrad und in Krakau Osteuropäische Geschichte, Slawistik und Publizistik. Er arbeitete unter anderem als fester freier Mitarbeiter des dpa-Büros in Moskau, von 1993 bis 1996 dann als Korrespondent in Kiew. Nach einer Tätigkeit als Redakteur im dpa-Europadienst in Hamburg ging Kohler im Jahr 2000 erneut für dpa nach Moskau, zunächst als Korrespondent, von 2004 an dann als Büroleiter. Im April 2007 wechselte er aus der Hauptstadt Russlands ins Büro Wiesbaden.

<https://www.pol-int.org/de/salon/der-traum-vom-polnischen-atom-de?j5Q6rewycZ5HtUDXTWpx7UZE=1>